

Herr Tim Hagemann	auf Vorschlag der FDP
Herr Biber Happe	auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Herr Volker Lemken	auf Vorschlag der CDU
Frau Elke Lerchner	auf Vorschlag der FDP
Herr Markus Peters	auf Vorschlag der CDU
Frau Doris Rost	auf Vorschlag von pro Köln
Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE

Vertreter von Trägern der freien Jugendhilfe

Herr Ulrich Bergmann	Dt. Paritätischer Wohlfahrtsverband
Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Barbara Combrink-Souhjoud	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
--------------------------------	--

Vertreter von im Bereich der Stadt Köln wirkenden und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe

Frau Ruth Differdange	Kath. Familienbildungswerk e.V.
Herr Konrad Gilges	AK für das ausländische Kind e.V.
Frau Karin Grevelhörster	Zentrum für Frühbehandlung und Frühförderung e.V.
Frau Almut Gross	Jugendhilfe Köln e.V.
Herr Andreas Hildebrand	Kath. Jugendwerke e.V.
Herr Christoph Horstkotte-Löffelholz	Kölner Spielewerkstatt e.V.
Frau Christiane Lehmann	Handwerkerinnenhaus Köln e.V.
Frau Frauke Mahr	Mädchenhaus Köln e.V.
Herr Marc Ruda	Deutsches Rotes Kreuz
Herr Jochen Sander-von der Meden	Netzwerk e.V.
Herr Hans-Josef Saxler	Soziales Zentrum Lino-Club e.V.
Herr Uwe Schäfer-Remmele	Theaterpädagogisches Zentrum e.V.
Herr Wolfgang Schmidt	Diakonie Michaelshoven
Frau Carola Siman	Evangelischer Stadtkirchenverband Köln
Frau Regine Walter	Progressiver Eltern- und Erziehverband e.V.
Herr Bernd Will	Arbeitsgemeinschaft "Offene Tür"
Herr Wolfgang Wirtz	Evangelische Familienbildungsstelle

Frau Helga Wolf	Kölner Jugendring e.V.
Frau Barbara Zaabe	Kinderschutzbund
Herr Dr. Wolfgang Zashke	Jugendhilfe und Schule e.V.

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Dr. Juliane Arnold	Ev. Kirche
Frau Dr. Anne Bunte	Gesundheitsverwaltung
Frau Anja Daub	Agentur für Arbeit
Herr Gert Emmerich	Bezirksregierung Köln als Vertreter der Schulen
Herr Georg Spitzley	Kath. Kirche
Herr Werner Völker	Ev. Kirche

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Herr Franz Abels	Seniorenvertretung
Herr Heinrich Spieker	Seniorenvertretung

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein
Frau Marie-Luise Quilling

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Herr Dr. Heinen alle Ausschussmitglieder, die Presse und die Zuschauer.

Die Ausschussmitglieder werden darauf hingewiesen, dass die Verwaltung eine Liste aller Jugendhilfeausschuss-Mitglieder verteilt habe.

Herr Dr. Heinen macht alle Jugendhilfeausschussmitglieder darauf aufmerksam, dass die kommende Jugendhilfeausschusssitzung am 27.04.2010 aufgrund der Beratungen zum Bürgerhaushalt 2010 bereits um 13:00 Uhr beginnen wird.

Der Ausschussvorsitzende merkt an, dass folgende Unterlagen zur Mitnahme ausgelegt wurden:

- Deutsch-englische Exemplare des Extra-Elternbriefes zur Sprachentwicklung zu TOP 3.8 (0844/2010 - Elternbriefe zur Sprachentwicklung von Kindern im Alter von 0 bis 3 Jahren und im Alter von 3 bis 6 Jahren),
- Die Broschüre zu TOP 3.10 (0816/2010 - Broschüre "Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln - Gute Beispiele aus der Praxis"),
- Der Geschäftsbericht 2008 des Amtes für Kinder, Jugend und Familie.

- TOP 6.6 ---> TOP A

Auf Vorschlag von Herrn Dr. Heinen stimmt der Ausschuss der Behandlung des in der Einladung zur Sitzung aufgeführten TOP 6.6 als TOP A zu.

- Redebeiträge

Anschließend werden diejenigen Jugendhilfeausschussmitglieder, die weder bei der konstituierenden noch bei der Januar-Sitzung anwesend waren, von Herrn Dr. Heinen verpflichtet. Hierbei handelt es sich um folgende Personen: Herrn Andreas Hildebrand, Herrn Biber Happe, Frau Barbara Zaabe und Herrn Franz Abels.

- TOP 3.19

Die Vorlage zu TOP 3.19 wird zusammen mit TOP 6.5 behandelt.

- Mitteilung 1155/2010 ((Mitteilung zur Beschlussvorlage 0166/2010: Planungsaufnahme zur Errichtung einer 6-gruppigen integrativen Kindertageseinrichtung am Dellbrücker Mauspfad 125-127, 51069 Köln (Dellbrück)) wurde sowohl als TOP 3.19 als auch als Anlage zu TOP 6.5 als Tischvorlage umgedruckt.)

Als Tischvorlage werden die Beratungsergebnisse der vorberatenden Gremien zu den TOP 2.6, 3.3, 3.6, 3.10, 3.13, 3.14, 6.1, 6.4, 6.5, 8.1, 10.1, 10.2 werden als Tischvorlage mitgeteilt.

Des Weiteren wurden die Vorlagen zu TOP 2.12, 2.13, 3.18, 3.19, „zu 5.2.3“, „zu 5.2.4“, „zu 5.2.5“, „zu 6.4“, „zu 6.5“ und 10.3 als Tischvorlage ausgeteilt.

Der Ausschussvorsitzende bittet um Erweiterung der Tagesordnung um die Tagesordnungspunkte: A, 2.6, 2.7, 2.8, 2.9, 2.10, 2.11, 2.12, 2.13, 3.11, 3.12, 3.13, 3.14, 3.15, 3.16, 3.17, 3.18, zu 5.2.1, zu 5.2.3, 5.2.4, zu 5.2.4, 5.2.5, zu 5.2.5, 5.2.6, 8.2, 10.3.

Der Ausschuss erklärt sich hiermit einverstanden.

Dementsprechend ergibt sich folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1.1 Benennung der Stimmzähler

A.) Ausschluss des JHA-Mitgliedes Jörg Uckermann von der Sitzung des Jugendhilfeausschusses - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - am 26.01.2010 gemäß § 30 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln
0813/2010

1.2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

1.3 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen

2.1 Baumaßnahmen in Kindertagesstätten, Planungs- und Ausführungsstand Dezember 2009
(Beantwortung einer Nachfrage von Frau Jahn in der JHA-Sitzung am 26.01.2010 - 0169/2010)
0715/2010

2.2 Kindertagesstätte am geplanten Standort St.-Sebastianus-Str., Köln-Porz-Wahn
(Beantwortung einer Nachfrage von Herrn Dr. Schlieben zu TOP 3.9 der Sitzung vom 01.09.2009 - 2680/2009)
0675/2010

2.3 Ehrung der Kölner Spielplatzpaten durch den ehemaligen Oberbürgermeister Herrn Schramma am 22.09.2009 im Rahmen eines Empfanges im Historischen Rathaus
(Beantwortung einer Nachfrage von Herrn Uckermann in der JHA-Sitzung am 01.09.2009 - 3614/2009)
0831/2010

2.4 Förderung von Projekten zur Partizipation mit Kindern und Jugendlichen
(Beantwortung einer Nachfrage von Frau Jahn in der JHA-Sitzung am 08.12.2009 - 3070/2009)
0657/2010

2.5 Ersatzbeschaffung von Spielgeräten, Attraktivierung von Sport- und Freizeitflächen und Erhalt und Ausbau von Skateranlagen
hier: Planung und Umsetzung der aufgeführten Projekte

- (Beantwortung einer Nachfrage von Herrn Dr. Schlieben und Herrn Dr. Heinen in der JHA-Sitzung am 23.06.2009 - 1460/2009)
0834/2010
- 2.6 Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters zum Aufnehmenden Suchtclearing (ASC)
(Beantwortung einer Nachfrage von Frau Schlitt in der JHA-Sitzung am 26.01.2010 - 0195/2010)
0877/2010
- 2.7 Beantwortung einer Anfrage von Frau Jahn zur Kindertageseinrichtung Anisweg (TOP 9.6 der Sitzung vom 26.01.2010)
0839/2010
- 2.8 Ergänzung einer Mitteilung im Sportausschuss vom 24.11.2009 und Jugendhilfeausschuss vom 08.12.2009: "Mitternachtssport, aktueller Sachstand November 2009"
(Beantwortung einer Nachfrage von Herrn Dr. Schlieben in der JHA-Sitzung am 08.12.2009)
0661/2010
- 2.9 Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 23.06.2009; Bereitstellung von Mitteln zu Qualifizierungsmaßnahmen für Tagespflegepersonen nach § 23 SGB VIII (Kindertagespflege), hier: Anfrage Fr. Jahn in der JHA-Sitzung am 23.06.2009 (1581/2009)
0855/2010
- 2.10 Ratgeberbroschüre Band 19 "Spiel- und Lernsoftware pädagogisch beurteilt"
(Beantwortung einer Nachfrage von Frau Mahr und Frau Mucuk-Edis in der JHA-Sitzung vom 26.01.2010)
0863/2010
- 2.11 zu TOP 3.1 (4846/2009) vom 26.01.2010 - Beantwortung der Anfrage von Herrn Dr. Schlieben im Jugendhilfeausschuss
hier: Bericht der U 25 Konferenz
1031/2010
- 2.12 Beantwortung einer Anfrage von Frau Wöhler in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 26.01.2010
0900/2010
- 2.13 Mündliche Anfrage von Frau Blümel, Herrn Schäfer-Remmele und Frau Voland-Dörmann (TOP 9.3.) aus der Sitzung des JHA am 26.1.2010
1133/2010

3 Mitteilungen

- 3.1 Zwischenbilanz des Modellprojektes "jusch - jung und schwanger - Beratung und Begleitung"
(Vertagter TOP 3.18 aus der JHA-Sitzung vom 26.01.2010!)
0358/2010
- 3.2 Trägerwechsel der Kindertageseinrichtungen Elisabethstraße 17 (Porz) und Von-Ketteler-Straße 2 (Höhenhaus)
0416/2010
- 3.3 Anerkennung und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements in Köln
0439/2010
- 3.4 Benennung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern für den Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie -
0581/2010
- 3.5 Benennung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern für den Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie -
0569/2010
- 3.6 Trägerschaft einer Kindertagesstätte am geplanten Standort im Neubaugebiet Widdersdorf-Süd (Jakobsviertel)
0647/2010
- 3.7 Kostendämpfungsmaßnahmen im Bereich Wirtschaftliche Jugendhilfe
5420/2009
- 3.8 Elternbriefe zur Sprachentwicklung von Kindern im Alter von 0 bis 3 Jahren und im Alter von 3 bis 6 Jahren
0844/2010
- 3.9 Osterferienprogramm der Rollenden Spielplätze "juppi"
0786/2010
- 3.10 Broschüre "Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln - Gute Beispiele aus der Praxis"
0816/2010
- 3.11 Ferienangebote im Internet
0784/2010
- 3.12 Weiterentwicklung der Regelungen zu "Kindertageseinrichtungen in sozialen Brennpunkten" nach KiBiz
0807/2010

- 3.13 Trägerschaft der Kindertagesstätte am geplanten Standort "Alte Kantine" des Ausbesserungswerks in Köln-Nippes
0972/2010
- 3.14 Baumaßnahmen in Kindertagesstätten
Planungs- und Ausführungsstand 10.02.2010
0760/2010
- 3.15 Kurzbericht zur Kampagne "Keine Kurzen für Kurze 2010" - Angebote zur Alkoholprävention und Gewaltprävention
1010/2010
- 3.16 Kölner Bündnis für eine gewaltfreie Erziehung - Kampagne "für ein kindergerechtes Köln - aufwachsen ohne Gewalt" Auftaktveranstaltung am 30. April 2010 um 14:00 Uhr auf dem Neumarkt
0914/2010
- 3.17 Trägerwechsel der Kindertageseinrichtung Ostmerheimer Str. 555, Köln-Merheim
1007/2010
- 3.18 KiWi- Kinder Willkommen - Schreiben des Familienministeriums NRW
1076/2010

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

- 4.1 Frühere Anträge
- 4.2 Neue Anträge

5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 5.1 Frühere Anfragen
 - 5.1.1 Betreuungssituation U-3 in Köln
(Anfrage der FDP-Fraktion vom 21.01.2010. Vertagter TOP 5.2.1 aus der JHA-Sitzung vom 26.01.2010!)
AN/0174 /2010

- Zu 5.1.1 Betreuungssituation u3 in Köln
(Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion vom 21.01.2010 - AN/0174/2010)
0611/2010

5.2 Neue Anfragen

5.2.1 Schutz vor Vernachlässigung oder Misshandlungen von Kindern und Jugendlichen im Elternhaus
(Anfrage der CDU-Fraktion vom 17.02.2010)
AN/0272/2010

Zu 5.2.1 "Schutz von Vernachlässigung oder Misshandlung von Kindern und Jugendlichen im Elternhaus" (Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion vom 17.02.2010 - AN/0272/2010)
0994/2010

5.2.2 Betreuung von Kindern im Übergang von Kindergarten zur Schule
(Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 18.02.2010)
AN/0289/2010

5.2.3 Tagesbetreuung für Unter-Dreijährige (U3)
(Anfrage der Fraktion Die Linke vom 02.03.2010)
AN/0438/2010

Zu 5.2.3 Tagesbetreuung für Unter-Dreijährige (u3)
(Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke vom 02.03.2010 - AN/0438/2010)
1008/2010

5.2.4 Entwicklung und Implementierung eines Angebots "OGTS spezial" für Grundschul Kinder mit einem besonderen Förderbedarf; hier: Sachstandsabfrage
(Anfrage der CDU-Fraktion vom 09.03.2010)
AN/0508/2010

Zu 5.2.4 Entwicklung und Implementierung eines Angebots "OGTS spezial" für Grundschul Kinder mit einem besonderen Förderbedarf; hier: Sachstandsabfrage
(Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion vom 09.03.2010 - AN/0508/2010)
1127/2010

5.2.5 Stadtentwicklungskonzept Mülheim 2020
(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03.2010)
AN/0482/2010

Zu 5.2.5 Stadtentwicklungskonzept MÜLHEIM 2020
(Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03.2010 - AN/0482/2010)
1115/2010

5.2.6 Voller Mehrwertsteuersatz von 19 % auf Schüler Mittagessen
(Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 12.03.2010)
AN/0521/2010

6 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 6.1 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: "LOGOS - Verein für russische Kultur und Bildung e.V."
4396/2009
- 6.2 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: Integrale Jugendhilfe Neuraum e.V. (IJN)
0420/2010
- 6.3 Betriebskostenzuschuss/Vertragsleistungen an das Bürgerschaftshaus Bocklemünd/Mengenich e.V. für die Kindertageseinrichtung Schumacherring 65, 50829 Köln, für den Zeitraum vom 01.01.2007 bis 31.07.2008
0502/2010
- 6.4 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: Löwenzähnchen Nippes e.V.
0564/2010
- 6.5 Planungsaufnahme zur Errichtung einer 6-gruppigen integrativen Kindertageseinrichtung am Dellbrücker Mauspfad 125 - 127, 51069 Köln (Dellbrück)
0166/2010
- zu 6.5 Mitteilung zur Beschlussvorlage 0166/2010: Planungsaufnahme zur Errichtung einer 6-gruppigen integrativen Kindertageseinrichtung am Dellbrücker Mauspfad 125-127, 51069 Köln (Dellbrück)
1155/2010

7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

8 Ausschussempfehlungen an den Rat

- 8.1 Umsetzung des Tarifvertrages für die Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes
hier: Einrichtung von Stellen für hauswirtschaftliche Unterstützungskräfte in städtischen Kindertagesstätten zum Gesundheitsschutz der Erzieherinnen und Verbesserung der pädagogischen Arbeit
4478/2009
- 8.2 Konjunkturpaket II, Umschichtung von Fördermitteln
0797/2010

9 Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1.1 Benennung der Stimmzähler

Als Stimmzähler werden Frau Mucuk-Edis, Herr Dr. Schlieben und Frau Schlitt benannt.

A) Ausschluss des JHA-Mitgliedes Jörg Uckermann von der Sitzung des Jugendhilfeausschusses - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - am 26.01.2010 gemäß § 30 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln 0813/2010

Beschluss:

Gemäß § 30 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln bestätigt der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – den Ausschluss des JHA-Mitgliedes Jörg Uckermann von der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 26.01.2010.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

1.2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen werden nicht gestellt.

1.3 Gleichstellungsrelevante Themen

Gleichstellungsrelevante Themen werden nicht behandelt.

2 Beantwortung von Anfragen

2.1 Baumaßnahmen in Kindertagesstätten, Planungs- und Ausführungsstand Dezember 2009 (Beantwortung einer Nachfrage von Frau Jahn in der JHA-Sitzung am 26.01.2010 - 0169/2010) 0715/2010

Die Beantwortung der Nachfrage wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**2.2 Kindertagesstätte am geplanten Standort St.-Sebastianus-Str., Köln-Porz-Wahn
(Beantwortung einer Nachfrage von Herrn Dr. Schlieben zu TOP 3.9 der Sitzung vom 01.09.2009 - 2680/2009)
0675/2010**

Die Beantwortung der Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Schlieben bittet um Bestätigung, dass es im letzten Satz der Beantwortung korrekterweise „...dass sich trotz der Mitteilung.....“ und nicht „...dass sich aufgrund der Mitteilung...“ heißen müsse.

Die Verwaltung bestätigt diesen Einwand.

**2.3 Ehrung der Kölner Spielplatzpaten durch den ehemaligen Oberbürgermeister Herrn Schramma am 22.09.2009 im Rahmen eines Empfanges im Historischen Rathaus
(Beantwortung einer Nachfrage von Herrn Uckermann in der JHA-Sitzung am 01.09.2009 - 3614/2009)
0831/2010**

Die Beantwortung der Nachfrage wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**2.4 Förderung von Projekten zur Partizipation mit Kindern und Jugendlichen
(Beantwortung einer Nachfrage von Frau Jahn in der JHA-Sitzung am 08.12.2009 - 3070/2009)
0657/2010**

Die Beantwortung der Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

Frau Jahn bittet um Angabe, aus welchem Grund der in der vom Kämmerer ausgesprochenen Verfügungsbeschränkung festgesetzte Abzugsbetrag 15% betrage.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erläutert, dass die Höhe von der Kämmerei festgesetzt wurde. Sie vermutet, dass es sich um eine Mischform handele. Die Verwaltung werde jedoch eine schriftliche Beantwortung einreichen.

**2.5 Ersatzbeschaffung von Spielgeräten, Attraktivierung von Sport- und Freizeitflächen und Erhalt und Ausbau von Skateranlagen
hier: Planung und Umsetzung der aufgeführten Projekte
(Beantwortung einer Nachfrage von Herrn Dr. Schlieben und Herrn Dr. Heinen in der JHA-Sitzung am 23.06.2009 - 1460/2009)
0834/2010**

Die Beantwortung der Nachfrage wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**2.6 Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters zum Aufnehmenden Suchtclearing (ASC)
(Beantwortung einer Nachfrage von Frau Schlitt in der JHA-Sitzung am 26.01.2010 - 0195/2010)
0877/2010**

Die Beantwortung der Nachfrage wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**2.7 Beantwortung einer Anfrage von Frau Jahn zur Kindertageseinrichtung Anisweg (TOP 9.6 der Sitzung vom 26.01.2010)
0839/2010**

Die Beantwortung der Nachfrage wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**2.8 Ergänzung einer Mitteilung im Sportausschuss vom 24.11.2009 und Jugendhilfeausschuss vom 08.12.2009: "Mitternachtssport, aktueller Sachstand November 2009"
(Beantwortung einer Nachfrage von Herrn Dr. Schlieben in der JHA-Sitzung am 08.12.2009)
0661/2010**

Die Beantwortung der Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

Frau Jahn weist darauf hin, dass ca. 2/3 der Mittel für Projekte für Jungen und lediglich 1/3 für Mädchenprojekte vorgesehen seien. Sie bittet um Mitteilung, warum dieses Ungleichgewicht bestehe, ob die Angebote für Mädchen erweitert werden und wie den Mädchen Zugang zu den Angeboten verschafft werde.

Frau Quilling erläutert, dass die Verwaltung sehr bemüht sei, Mädchen in das Programm zu integrieren. Aufgrund dessen, dass die Angebote erst sehr spät am Abend beginnen, seien die Zugangsvoraussetzungen für Mädchen nun mal viel schwieriger. Die Förderung von Mädchensport habe jedoch einen sehr hohen Stellenwert.

Herr Angerbauer fügt hinzu, dass die Sportjugend Köln das Programm manage. Die Angebote finden größtenteils in sozialen Brennpunkten statt, was die Zugangsvoraussetzungen für Mädchen nochmal erschwere. Es gebe jedoch bereits Maßnahmen, um die Mädchen besser zu integrieren wie z.B., dass die Projekte teilweise auf 19:00 Uhr vorgezogen werden, oder dass Sozialarbeiter die Mädchen zu Hause abholen, zum Sport bringen und wieder nach Hause begleiten.

Frau Mahr bringt zum Ausdruck, dass es wichtig sei, die Rahmenbedingungen für Mädchen zu optimieren. Die Integration von Mädchen benötige Zeit und sie vertraut darauf, dass die Quote in einigen Jahren bei 50% liegen werde.

2.9 Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 23.06.2009; Bereitstellung von Mitteln zu Qualifizierungsmaßnahmen für Tagespflegepersonen nach § 23 SGB VIII (Kindertagespflege), hier: Anfrage Fr. Jahn in der JHA-Sitzung am 23.06.2009 (1581/2009) 0855/2010

Die Beantwortung der Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Schlieben erinnert daran, dass es aus der letzten Sitzung eine Anfrage der CDU-Fraktion bezüglich der Kindertagespflege gebe und bittet um Mitteilung, wann diese beantwortet werde und wann dem Jugendhilfeausschuss die Satzung zur Tagespflege zum Beschluss vorgelegt werde.

Frau Beigeordnete Dr. Klein gibt an, dass dieses Thema heute Morgen im Stadtvorstand diskutiert worden sei. Es sei allen bewusst, dass es sich um ein drängendes Problem handle. Da es sich jedoch um eine Mehrbelastung für den städtischen Haushalt in Höhe von ca. 8 Mio. Euro handle, habe der Stadtvorstand beschlossen, dass eine Entscheidung durch die Task-Force zu treffen sei. Die Jugendverwaltung werde darauf drängen, dass die Entscheidung baldmöglichst falle.

Herr Dr. Schlieben bittet darum, die Beantwortung der Anfrage als Anlage zur Niederschrift beizufügen.

Frau Jahn erkundigt sich, wie die weitere Begleitung der Tagesmütter durch das Jugendamt aussehe und ob die Tagesmütter die Möglichkeit haben, sich auszutauschen. Den Begriff „Tagesmütter“ verwende Frau Jahn bewusst, da die Quote der Tagesväter nach wie vor äußerst gering sei. Die Erklärung, dass „eine Steigerung der männlichen Teilnehmer nicht zu erwarten sei, da die Verdienstmöglichkeiten über die Betreuung in Kindertagespflege gering seien und nicht zum Unterhalt einer Familie ausreichen“ findet Frau Jahn vor dem Hintergrund, dass heutzutage immer mehr Frauen Familien ernähren müssen, nicht gelungen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein schlägt vor, dass die Fragen zur Begleitung der Tagesmütter schriftlich beantwortet werden. Sie führt aus, dass dem Jugendamt die fachlich inhaltliche Verantwortung über die Tagespflegeverhältnisse obliege und bezüglich der Ausbildung und Betreuung die Qualität sicherstellen müsse. Obwohl die oben erwähnte Beschlussvorlage eine Erhöhung der Bezahlung von Tageseltern beinhalte, werde dies voraussichtlich nicht zu einem höheren Männeranteil führen, da die Erhöhung den Beruf für Männer nicht weiter attraktivieren werde.

2.10 Ratgeberbroschüre Band 19 "Spiel- und Lernsoftware pädagogisch beurteilt" (Beantwortung einer Nachfrage von Frau Mahr und Frau Mucuk-Edis in der JHA-Sitzung vom 26.01.2010) 0863/2010

Die Beantwortung der Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

Frau Mucuk-Edis äußert ihre Unzufriedenheit mit der Beantwortung ihrer Frage (letzter Absatz der Beantwortung). Bei knapp 50% aller unter 18-Jährigen in Köln bestehe ein Migrationshintergrund. Der Informationsbedarf sei sehr hoch, werde jedoch durch die sprachlichen Barrieren eingeschränkt. Somit wäre es sehr sinnvoll, die Broschüre und

das Online-Angebot in die gängigen in Köln gesprochenen Sprachen übersetzen zu lassen.

Auch Frau Jahn ist mit der Beantwortung ihrer Frage, wie Mädchen und Jungen an der Befragung beteiligt waren, nicht vollkommen zufrieden. Ihre Frage habe auch darauf abgezielt, inwieweit strukturelle Änderungen im Test möglich seien, damit mehr Mädchen daran teilnehmen können.

Die Verwaltung sagt die schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

2.11 zu TOP 3.1 (4846/2009) vom 26.01.2010 - Beantwortung der Anfrage von Herrn Dr. Schlieben im Jugendhilfeausschuss hier: Bericht der U 25 Konferenz 1031/2010

Herr Dr. Schlieben bittet, die Beantwortung der Anfrage in die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 27.04.2010 zu schieben.

Der Ausschuss erklärt sich hiermit einverstanden.

2.12 Beantwortung einer Anfrage von Frau Wöhler in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 26.01.2010 0900/2010

Die Beantwortung der Nachfrage wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 1 bei. Sie wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

2.13 Mündliche Anfrage von Frau Blümel, Herrn Schäfer-Remmele und Frau Volland-Dörmann (TOP 9.3.) aus der Sitzung des JHA am 26.1.2010 1133/2010

Die Beantwortung der Anfrage wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 2 bei. Sie wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Heinen bittet um Auskunft, was mit „Eine Beantwortung der Anfrage erfolgt von dort“ gemeint sei.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erläutert, dass es sich dabei um die Kämmerei handele. In vielen Ausschüssen habe es zu dem eingebrachten Haushalt Fragen gegeben. Aufgrund dessen lege die Kämmerei Wert darauf, diese Fragen zentral zu beantworten.

3 Mitteilungen

3.1 Zwischenbilanz des Modellprojektes "jusch - jung und schwanger - Beratung und Begleitung" (Vertagter TOP 3.18 aus der JHA-Sitzung vom 26.01.2010!) 0358/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Jahn bemerkt, dass es im Jugendhilfebereich zum Einen sehr viele Abkürzungen und zum Anderen sehr viele unterschiedliche Angebote gebe, so dass es nicht einfach sei, den Überblick zu behalten. Damit auch die Vernetzungen deutlich werden bittet sie, dem Jugendhilfeausschuss ein Gesamtkonzept vorzulegen. Darüber hinaus bittet Frau Jahn um Auskunft, inwieweit die Hebammen über die verschiedenen Angebote aufgeklärt seien.

Frau Dr. Bunte schildert, dass, sofern Hebammen bei Müttern aus dem Projekt „jusch – jung und schwanger“ einen höheren Unterstützungsbedarf feststellen, diese in das Projekt „MuBa“ vermittelt werden. „MuBa“ sei aus der Struktur „Mutter und Baby“ gewachsen. Die jungen Frauen haben den Wunsch geäußert, auch nach der Schwangerschaft weiter betreut zu werden. Die Vernetzung gehe von den Hebammen aus und werde durch das Jugendamt unterstützt. Die Hilfe gehe sogar so weit, dass man den jungen Müttern die Möglichkeit biete, eine Schulausbildung zu beenden, eine Berufsausbildung zu machen bzw. in einen Beruf einzusteigen.

Frau Jahn begrüßt die Vielfalt an Angeboten sieht es jedoch als sehr wichtig an, dass jeder Träger und Anbieter weiß, welche Angebote von den Anderen offeriert werden. Aufgrund dessen bittet sie nochmal, ein Gesamtkonzept vorzulegen. Herr Dr. Heinen schließt sich der Bitte an.

Frau Quilling macht darauf aufmerksam, dass es eine gesamte Jugendhilfeplanung mit den bestehenden AG´en gebe. Die AG´en seien mit den jeweiligen Trägerlandschaften eng verknüpft. Über Gremienarbeit werden die Träger miteinander in Kontakt gebracht. Es gebe sowohl gesetzlich legitimierte Arbeitskreise als auch Arbeitskreise in den Sozialräumen. Die Jugendhilfeplanung sei das zentrale Instrument, woran die Systematik dargestellt werden könnte. Die Verwaltung werde zu einer der nächsten Sitzungen die Systematik der Verbände in Köln darstellen.

3.2 Trägerwechsel der Kindertageseinrichtungen Elisabethstraße 17 (Porz) und Von-Ketteler-Straße 2 (Höhenhaus) 0416/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Scheiblich legt Wert darauf, den letzten Satz der Mitteilung („Eine Förderung gem. § 20 Abs. 3 KiBiz als „Sozialer Brennpunkt“ kommt nach der derzeitigen Sach- und Rechtslage nicht in Frage.“) nicht unkommentiert stehen zu lassen und verweist in diesem Zusammenhang auf die Mitteilung unter Tagesordnungspunkt 3.12 (0807/2010). Er betont, dass die mangelnde Förderung als „sozialer Brennpunkt“ nicht an den Einrichtungen liege. Die Stadt Köln habe eine Liste von 102 Einrichtungen an das Land geliefert, welche von dort bisher noch nicht anerkannt worden sei. Diese Liste beinhalte alle Einrichtungen, mit einer Beitragsbefreiung von über 50% aus Armutsgründen. Die Kindertagesstätte Von-Ketteler-Straße gehöre dazu.

**3.3 Anerkennung und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements in Köln
0439/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.4 Benennung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern für den Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie -
0581/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.5 Benennung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern für den Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie -
0569/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.6 Trägerschaft einer Kindertagesstätte am geplanten Standort im Neubaugebiet Widdersdorf-Süd (Jakobsviertel)
0647/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.7 Kostendämpfungsmaßnahmen im Bereich Wirtschaftliche Jugendhilfe
5420/2009**

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Schlitt äußert ihr Verständnis darüber, dass in der derzeitigen finanziellen Lage jeder Euro zwei Mal umgedreht werden müsse. Bezüglich der Senkung der Fachleistungsstunden bittet sie um Mitteilung, ob die anderen Städte auch so geringe Fachleistungsstunden haben, oder die Zahl der Hilfen grundsätzlich niedriger sei.

Herr Dr. Heinen bittet um zweiseitige Betrachtung der Maßnahmen. Zum Einen müsse geschaut werden, wo Kostenersparnisse möglich seien und zum Anderen müssen (neue) Einnahmemöglichkeiten generiert werden. Er bittet um Auskunft darüber, welche Beträge realistischerweise einziehbar seien mit wie viel zusätzlichem Personal.

Herr Völlmecke teilt für die Verwaltung mit, dass die Organisationsuntersuchung mit dem Ergebnis geendet habe, dass in der Wirtschaftlichen Jugendhilfe ein erheblicher Personalmehrbedarf bestehe. Dieser werde von der Verwaltung in den kommenden Stellenplan eingebracht. Durch die Zusetzung von 10 Stellen für die Abarbeitung der entstandenen Rückstände könne jedoch innerhalb eines Jahres ein Betrag in Höhe von über 1 Mio. Euro erzielt werden.

Die Fragen von Frau Schlitt werde die Verwaltung schriftlich beantworten.

**3.8 Elternbriefe zur Sprachentwicklung von Kindern im Alter von 0 bis 3 Jahren und im Alter von 3 bis 6 Jahren
0844/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Heinen lobt die Elternbriefe im Hinblick auf die zusätzlichen Qualitätsaspekte durch die zwei neuen Extra-Elternbriefe und begrüßt die hohe Auflage, da somit genügend Eltern erreicht werden können.

**3.9 Osterferienprogramm der Rollenden Spielplätze "juppi"
0786/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.10 Broschüre "Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln - Gute Beispiele aus der Praxis"
0816/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.11 Ferienangebote im Internet
0784/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.12 Weiterentwicklung der Regelungen zu "Kindertageseinrichtungen in sozialen Brennpunkten" nach KiBiz
0807/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Scheiblich bedankt sich für die genaue Sachstandsdarstellung. Er fragt an, wie es in der Sache nun weitergehen werde und ob ein Austausch mit dem Land stattfinden.

Frau Beigeordnete Dr. Klein führt aus, dass die Verwaltung auf Wunsch des Landes einen Kriterienvorschlag erarbeitet habe, wie der Begriff „sozialer Brennpunkt“ definiert werden könne. Dies müsse jedoch landesweit geklärt und festgelegt werden. Herr Pfeuffer habe in der Arbeitsgruppe des Landes mitgewirkt. Es werde eine fachlich inhaltliche Definition vom Land erwartet, auf die sich alle Träger verlassen können. Die Arbeitsgruppe habe sich jedoch zunächst ergebnisoffen vertagt, da es auch bei dieser Sache um Geld gehe. Die Verwaltung vermute, dass eine Entscheidung hierüber nicht vor der Landtagswahl im Mai fallen werde.

Herr Dr. Heinen bittet um Auskunft, ob ebenfalls versucht werde, über die Neujustierung der Kriterien einen Konsens zu finden und ob dies automatisch dazu führt, dass sich dadurch die Anzahl der sozialen Brennpunkte erhöhe.

Frau Beigeordnete Dr. Klein bringt zum Ausdruck, dass die Frage „Was ist eine Kita im sozialen Brennpunkt?“ die Grundlage der Diskussion darstelle. Hierzu habe die Verwaltung dem Land einen fachlichen Vorschlag gemacht und 122 Kölner Kitas angemeldet.

Herr Pfeuffer teilt für die Verwaltung mit, dass es sich beim „sozialen Brennpunkt“ aus Sicht des Landes um eine ganz besondere Situation in einem Stadtteil handle. Die Stadt Köln habe den Vorschlag gemacht, viel mehr auf Armut, soziale Benachteiligung sowie Bildungsbenachteiligung abzustellen. Diese Definition würde selbstverständlich dazu führen, dass viel mehr Kitas eine Sonderförderung bekämen. In Köln stelle sich bei rund einem Viertel der Kitas die Situation so dar, dass ca. 50% der Eltern über ein so geringes Einkommen verfügen, dass sie beitragsbefreit sind. Köln stimme sich in der Sache mit dem Deutschen Städtetag ab. Man gehe davon aus, dass es einen neuen Definitionsvorschlag des Landes geben werde, der dem Kölner Vorschlag sehr entspreche. Bezüglich der Finanzierung müsse das Land sich mehr bewegen und von der bisherigen „Teilfinanzierung“ abweichen, da sich vor dem Hintergrund der momentanen Haushaltslage die Kommunen Sonderförderungen von sozialen Brennpunkten nicht leisten werden können.

Herr Scheiblich fragt nach, ob die Stadt den Arbeitskreis wieder einberufen kann, oder ob diesbezüglich auf das Land gewartet werden müsse.

Herr Gilges betont, dass der Brennpunktbegriff aus den 50-er/60-er Jahren stamme. Es gehe jetzt nicht um dessen Erweiterung sondern um die Konkretisierung. Man müsse vorsichtig sein, um einer Stigmatisierung vorzubeugen. Herr Gilges bringt zum Ausdruck, dass die Beteiligten sich nochmals zusammensetzen sollten, um sinnvolle Fördermaßnahmen zu überdenken.

Frau Volland-Dörmann gibt an, dass es in Köln zum Einen die Bestandsbrennpunktfiananzierung (freiwillige Leistung der Stadt Köln) gebe und zum Anderen eine „belastbare Liste“, die weitergeführt werden müsse. Der Begriff „Brennpunkt“ sei antiquiert und müsse durch einen weniger stigmatisierenden Ausdruck ersetzt werden. Hierbei handle es sich um einen der vielen Punkte, die bei der Revision von KiBiz im Jahr 2011 bearbeitet werden müssen. Es müsse sowohl von der Verwaltung als auch von den freien Trägern ein Argumentationspapier hierzu entwickelt werden.

3.13 Trägerschaft der Kindertagesstätte am geplanten Standort "Alte Kantine" des Ausbesserungswerks in Köln-Nippes 0972/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.14 Baumaßnahmen in Kindertagesstätten Planungs- und Ausführungsstand 10.02.2010 0760/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.15 Kurzbericht zur Kampagne "Keine Kurzen für Kurze 2010" - Angebote zur Alkoholprävention und Gewaltprävention 1010/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.16 Kölner Bündnis für eine gewaltfreie Erziehung - Kampagne "für ein Kindergerechtes Köln - aufwachsen ohne Gewalt" Auftaktveranstaltung am 30. April 2010 um 14:00 Uhr auf dem Neumarkt 0914/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.17 Trägerwechsel der Kindertageseinrichtung Ostmerheimer Str. 555, Köln-Merheim 1007/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.18 KiWi- Kinder Willkommen - Schreiben des Familienministeriums NRW 1076/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 3 bei. Sie wird zur Kenntnis genommen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein fasst zusammen, dass die Landesdatenschutzbeauftragte kürzlich datenschutzrechtliche Probleme geltend gemacht habe. Nun liege eine Stellungnahme des Familienministeriums vor, wonach datenschutzrechtliche Probleme nicht bestehen. Die Jugendverwaltung werde versuchen, einen juristisch gangbaren Weg zu entwickeln, mit dem Ziel, möglichst bald wieder zum alten Verfahren zurückzukehren. Hierzu bedarf es jedoch noch einer juristischen Absicherung, welche derzeit verwaltungsintern überprüft werde.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

4.1 Frühere Anträge

Frühere Anträge liegen nicht vor.

4.2 Neue Anträge

Neue Anträge liegen nicht vor.

5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

5.1 Frühere Anfragen

5.1.1 Betreuungssituation U-3 in Köln (Anfrage der FDP-Fraktion vom 21.01.2010. Vertagter TOP 5.2.1 aus der JHA-Sitzung vom 26.01.2010!) AN/0174 /2010

zu 5.1.1 Betreuungssituation u3 in Köln (Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion vom 21.01.2010 - AN/0174/2010) 0611/2010

Die Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion vom 21.01.2010 wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Schlieben bemerkt, dass lediglich die städtischen Einrichtungen untersucht wurden. Aufgrund dessen bittet er, eine gesamtstädtische Aufstellung vorzulegen unter Berücksichtigung der freien Träger.

Frau Laufenberg erläutert, dass die von Herrn Dr. Schlieben geforderten Angaben der Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke entnommen werden können (TOP zu 5.2.3 – 1008/2010). Sie führt aus, dass das Verfahren am 15.03.2010 abgeschlossen wurde und die Plätze nun vergeben werden. Sie bittet in einer der kommenden Sitzungen um Vorlage einer Auflistung, aus der sich die Verteilung der Plätze auf die einzelnen Viertel ergebe.

Die Verwaltung sagt die schriftliche Beantwortung zu.

Frau Trappe-Nolden erkundigt sich, ob Eltern, die keinen Kindergartenplatz bekommen haben, hierüber bzw. über ihre Rangfolge auf der Warteliste schriftlich informiert werden.

Frau Brähler-Haucke teilt für die Verwaltung mit, dass die Eltern selbstverständlich auch eine schriftliche Mitteilung darüber erhalten, dass sie für dieses Kindergartenjahr nicht berücksichtigt werden konnten und der nächste Aufnahmetermin in der Regel das nächste Kindergartenjahr sein werde.

5.2 Neue Anfragen

5.2.1 Schutz vor Vernachlässigung oder Misshandlungen von Kindern und Jugendlichen im Elternhaus (Anfrage der CDU-Fraktion vom 17.02.2010) AN/0272/2010

zu 5.2.1 "Schutz von Vernachlässigung oder Misshandlung von Kindern und Jugendlichen im Elternhaus" (Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion vom 17.02.2010 - AN/0272/2010) 0994/2010

Die Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion vom 17.02.2010 wird zur Kenntnis genommen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein bietet an, dem Jugendhilfeausschuss jährlich eine Übersicht über die Beschwerden vorzulegen. Darüber hinaus könne mit den jugendpolitischen Sprechern der Fraktionen ein Termin vereinbart werden, bei dem, falls gewünscht, ein paar Hintergrundinformationen vermittelt werden. Hierbei müsse selbstverständlich der Sozialdatenschutz gewahrt werden.

Die jugendpolitischen Sprecher möchten das Angebot gerne annehmen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein teilt mit, dass eine Einladung erfolgen werde.

5.2.2 Betreuung von Kindern im Übergang von Kindergarten zur Schule (Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 18.02.2010) AN/0289/2010

Der Jugendhilfeausschuss erbittet die Beantwortung der Anfrage zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 27.04.2010. Die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes wird somit in die Sitzung am 27.04.2010 vertagt.

5.2.3 Tagesbetreuung für Unter-Dreijährige (U3) (Anfrage der Fraktion Die Linke vom 02.03.2010) AN/0438/2010

zu 5.2.3 Tagesbetreuung für Unter-Dreijährige (u3) (Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke vom 02.03.2010 - AN/0438/2010) 1008/2010

Die Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke vom 02.03.2010 wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 4 bei. Sie wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

5.2.4 Entwicklung und Implementierung eines Angebots "OGTS spezial" für Grundschul Kinder mit einem besonderen Förderbedarf; hier: Sachstandsabfrage (Anfrage der CDU-Fraktion vom 09.03.2010) AN/0508/2010

zu 5.2.4 Entwicklung und Implementierung eines Angebots "OGTS spezial" für Grundschul Kinder mit einem besonderen Förderbedarf; hier: Sachstandsabfrage (Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion vom 09.03.2010 - AN/0508/2010) 1127/2010

Die Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion vom 09.03.2010 wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 5 bei. Sie wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Schlieben fordert die Verwaltung dazu auf, das entsprechende Konzept bis spätestens zum 01.06.2010 vorzulegen, damit eine Beratung in der Sitzung am 08.06.2010 erfolgen kann. Das Projekt sei enorm wichtig und die Zeit müsse ausreichen.

Frau Jahn macht klar, dass der Begriff „OGTS-spezial“ in der Anfrage absichtlich herausgenommen wurde, um eine Segregation zu vermeiden. Sie bittet die Verwaltung, ebenfalls darauf zu achten, den Begriff nicht zu verwenden.

5.2.5 Stadtentwicklungskonzept Mülheim 2020 (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03.2010) AN/0482/2010

zu 5.2.5 Stadtentwicklungskonzept MÜLHEIM 2020 (Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03.2010 - AN/0482/2010) 1115/2010

Die Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03.2010 wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 6 bei.

Frau Jahn bittet, die Beratung des Tagesordnungspunktes in die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 27.04.2010 zu schieben.

Herr Schäfer-Remmele gibt an, dass Planet Kultur sich nicht mehr an der Ausschreibung beteiligen wolle und sozusagen sein Engagement zurückziehe. Er bittet zusätzlich um Auskunft über die Hintergründe des Ausstieges und darüber, was nun mit der Ausschreibung passieren werde.

**5.2.6 Voller Mehrwertsteuersatz von 19 % auf Schüler Mittagessen
(Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom
12.03.2010)
AN/0521/2010**

Der Jugendhilfeausschuss erbittet die Beantwortung der Anfrage zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 27.04.2010. Die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes wird somit in die Sitzung am 27.04.2010 vertagt.

Frau Mucuk-Edis hebt hervor, dass die SPD-Fraktion über die Erhöhung schockiert sei und es völlig kontraproduktiv finde, Preise für Projekte die ein gesundes Leben fördern sollen, anzuheben.

Frau Beigeordnete Dr. Klein sagt zu, die Beantwortung so schnell wie möglich vorzulegen. Aufgrund der Kurzfristigkeit sei eine Beantwortung zu dieser Sitzung leider nicht möglich gewesen.

**6 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes
Nordrhein-Westfalen**

**6.1 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII;
hier: "LOGOS - Verein für russische Kultur und Bildung e.V."
4396/2009**

Frau Stahlhofen bittet, die Vorlage in die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 27.04.2010 zu schieben. Als Begründung gibt sie an, dass das Konzept von LOGOS bereits seit einem Jahr bekannt sei. Da der integrative Bestandteil des Kindergartens nicht deutlich genug gewesen sei, sei die Anerkennung seinerzeit abgelehnt worden. Trotz dessen haben sich an der Vorlage keine Änderungen ergeben. Um eine Entscheidung treffen zu können, möchte die Fraktion Die Linke sich die Kita anschauen und bittet aufgrund dessen um Vertagung der Beschlussfassung.

Herr Lemken macht darauf aufmerksam, dass der Jugendhilfeausschuss lediglich einen Prüfauftrag im Bezug auf die Anerkennungsfähigkeit eines eingetragenen Vereins habe und nicht auf dessen Inhalt, sofern dieser nicht dem Grundgesetz widerspreche.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag von Frau Stahlhofen zur Abstimmung, die Beschlussvorlage in die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 27.04.2010 zu schieben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt.

**6.2 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII;
hier: Integrale Jugendhilfe Neuraum e.V. (IJN)
0420/2010**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, den Verein: Integrale Jugendhilfe Neuraum e.V. (IJN), Innere Kanalstr. 228, 50670 Köln, als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 Absatz 1 SGB VIII anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.3 Betriebskostenzuschuss/Vertragsleistungen an das Bürgerschaftshaus
Bocklemünd/Mengenich e.V. für die Kindertageseinrichtung Schuma-
cherring 65, 50829 Köln, für den Zeitraum vom 01.01.2007 bis 31.07.2008
0502/2010**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die Kindertageseinrichtung Schumacherring 65 für den Zeitraum 01.01.2007 bis 31.07.2008 mit einem städtischen Zuschuss (Vertragsleistungen) in Höhe von 95.961,77 Euro zu bezuschussen.

Entsprechende Haushaltsmittel stehen im Haushaltsplan 2010 im Teilergebnisplan 0603, Kindertagesbetreuung, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.4 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII;
hier: Löwenzähnchen Nippes e.V.
0564/2010**

Ein Auszug aus der Niederschrift der 5. Sitzung der Bezirksvertretung Nippes vom 11.03.2010 zu diesem Tagesordnungspunkt wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 7 bei.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, den Verein „Löwenzähnchen Nippes e.V.“, Nohlstr. 24b, 50733 Köln, gemäß § 75 Absatz 1 SGB VIII als Träger der freien Jugendhilfe anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.5 Planungsaufnahme zur Errichtung einer 6-gruppigen integrativen Kindertageseinrichtung am Dellbrücker Mauspfad 125 - 127, 51069 Köln (Dellbrück) 0166/2010

Zu 6.5 Mitteilung zur Beschlussvorlage 0166/2010: Planungsaufnahme zur Errichtung einer 6-gruppigen integrativen Kindertageseinrichtung am Dellbrücker Mauspfad 125-127, 51069 Köln (Dellbrück) 1155/2010

Die Mitteilung 1155/2010 (Anlage zu dieser Beschlussvorlage) wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 8 bei.

Herr Dr. Heinen berichtet, dass es in dieser Sache bereits viele Diskussionen und Elterngespräche gegeben habe. Die Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP bitten daher, folgende drei Punkte in die Beschlussvorlage mit aufzunehmen:

1. Die Beibehaltung des Außengeländes der Kindertagesstätte.

Herr Dr. Heinen führt aus, dass dieser Punkt sich zwischenzeitlich wegen einer Nichtbebaubarkeit erledigt habe.

2. Die Ebenerdige Bebauung.
3. Die Mindestaufrechterhaltung einer 4-gruppigen Einrichtung.

Herr Dr. Heinen bittet um Mitteilung, ob diese Wünsche in Übereinstimmung mit der Mitteilung 1155/2010 stehen.

Herr Gräbener teilt für die Verwaltung mit, dass die Mitteilung den Wünschen der Fraktionen absolut entspreche. Die Verwaltung sei bestrebt, durch eine multifunktionale Raumplanung sowie Ausstattung einer eventuellen Bedarfsänderung in Zukunft Rechnung zu tragen und Umbauten zu vermeiden. Alle Kinder, die die Kindertagesstätte heute besuchen, werden auch im Neubau wieder betreut werden können.

Herr Dr. Heinen bittet, den Beschluss um die folgende Passage zu ergänzen:

„Folgende Maßgaben sind zudem bei der Ausbauplanung zu berücksichtigen:

1. Erhalt des bisherigen Außengeländes der Kindertagesstätte.
2. Eine ebenerdige Planung des Neubaus, um die Bewegungsfreiheit der behinderten Kinder nicht einzuschränken und ihre Teilhabe an den Kita-Angeboten zu gewährleisten.
3. Erhalt von mindestens 4 integrativen Gruppen am Kita-Standort Dellbrücker Mauspfad für eine wohnortnahe Versorgung und Integration behinderter Kinder.“

Darüber hinaus soll die Mitteilung 1155/2010 als Ergänzung zur Beschlussvorlage hinzugezogen werden.

Er stellt den **Ergänzungsantrag** zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt.

Daraufhin stellt Herr Dr. Heinen den **ergänzten Beschlussvorschlag** zur Abstimmung:

Geänderter Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung - vorbehaltlich der Zustimmung durch den Finanzausschuss - unverzüglich die Planung und Kostenermittlung für den erforderlichen Neubau der abgebrannten Kindertageseinrichtung Dellbrücker Mauspfad 125 -127 aufzunehmen.

Der Planung ist das ergänzte Raumprogramm für eine Kindertageseinrichtung mit 2 Gruppen Typ I (6/14 Plätze) und 2 Gruppen Typ II und 2 integrativen Gruppen mit Plätzen für behinderte Kinder U3 zu Grunde zu legen. Das Lehrschwimmbecken wird im neuen Gebäude wegen seiner hohen Betriebskosten nicht wieder errichtet.

Folgende Maßgaben sind zudem bei der Ausbauplanung zu berücksichtigen:

1. Erhalt des bisherigen Außengeländes der Kindertagesstätte.
2. Eine ebenerdige Planung des Neubaus, um die Bewegungsfreiheit der behinderten Kinder nicht einzuschränken und ihre Teilhabe an den Kita-Angeboten zu gewährleisten.
3. Erhalt von mindestens 4 integrativen Gruppen am Kita-Standort Dellbrücker Mauspfad für eine wohnortnahe Versorgung und Integration behinderter Kinder.

Die Mitteilung 1155/2010 wird als Bestandteil der Beschlussvorlage aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Aufgrund des Nicht-Vorliegens der Mitteilung 1155/2010 zur Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim am 08.03.2010 hat diese die Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt zurückgestellt. Da mit der Mitteilung alle Fragen ausgeräumt sind, ist die Beschlussvorlage 0166/2010 am 22.03.2010 in geänderter Form im Finanzausschuss zu beraten. Die Bezirksvertretung Mülheim erhält hierüber eine zusätzliche Mitteilung. Ein zweiter Durchlauf der Vorlage ist entbehrlich.

7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse liegen nicht vor.

8 Ausschussempfehlungen an den Rat

8.1 Umsetzung des Tarifvertrages für die Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes

**hier: Einrichtung von Stellen für hauswirtschaftliche Unterstützungskräfte in städtischen Kindertagesstätten zum Gesundheitsschutz der Erzieherinnen und Verbesserung der pädagogischen Arbeit
4478/2009**

Frau Beigeordnete Dr. Klein erklärt, dass ein wesentlicher Bestandteil des Tarifvertrages der sogenannte „Gesundheitstarifvertrag“ sei. Sie erläutert, dass die Formulierung sinngemäß beinhalte, dass der öffentliche Arbeitgeber, in diesem Falle die Stadt Köln, dafür Sorge zu tragen habe, dass die Arbeitsbedingungen so gestaltet werden, dass

keine gesundheitlichen Beeinträchtigungen der Mitarbeiter/innen stattfinden. Frau Beigeordnete Dr. Klein legt dar, dass sie durch Besuche in Kitas, Gespräche mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Elternvertretungen die zwingende Notwendigkeit zur Beseitigung gesundheitlicher Belastungen sehe. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf die hohe Krankheitsquote im städtischen Kita-Bereich und bekundet Ihre Überzeugung, dass die hauswirtschaftlichen Unterstützungskräfte in den städtischen Kitas nicht aus KiBiz finanziert werden könnten, sofern nicht der Personalansatz gesenkt werde. Dies sei jedoch ausdrücklich nicht gewollt. Auch eine Finanzierung aus den Sachmitteln wäre denkbar, jedoch würde hierdurch die sächliche Ausstattung der Kitas reduziert. Auch dies werde von Seiten der Verwaltung ausdrücklich nicht gewollt. Darüber hinaus stelle sich noch die Möglichkeit der Anhebung des Essensgeldes. Hierdurch würde die tarifliche Verpflichtung der Stadt Köln umfänglich auf die Eltern übertragen werden. Aufgrund dessen werde diese Möglichkeit nicht als sozialadäquat angesehen und daher ebenfalls abgelehnt.

Abschließend bittet Frau Beigeordnete Dr. Klein den Ausschuss um Zustimmung zu der Beschlussvorlage.

Für die FDP-Fraktion erklärt Frau Laufenberg, dass sie der Beschlussvorlage inhaltlich umfänglich zustimme, bei der Abstimmung jedoch kein positives Votum abgeben könne und beantragt daher eine Verschiebung ohne Votum in den Finanzausschuss. Sie begründet diesen Antrag mit dem für 2010 prognostizierten Haushaltsdefizit von ca. 620 Mio. Euro.

Frau Stahlhofen erklärt, dass ihre Fraktion der Vorlage zustimmen werde, da der Inhalt der Vorlage tarifkonform sei. Die Stellenbewertung nach Entgeltgruppe 1 sei allerdings niedrig.

Herr Dr. Schlieben erklärt, dass die CDU-Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen werde, da er der Argumentation der Beigeordneten inhaltlich zur Gänze folgen und ihr zustimmen kann. Er könne ebenfalls den hinsichtlich des Haushaltsdefizits von Frau Laufenberg vorgetragene Ausführungen zustimmen, da hierdurch zu Recht auf die finanzielle Gesamtsituation hingewiesen würde. Herr Dr. Schlieben kritisiert die im Zusammenhang mit der Vorlage stehende Öffentlichkeitsarbeit der Verwaltung.

Herr Dr. Heinen macht nochmal deutlich, dass der Tarifvertrag aus den Verhandlungen entstanden sei, die durch den Kita-Streik ausgelöst wurden. Hauptsächlich habe es sich bei dem Streikgegenstand um die Verbesserung der Gesundheitsbedingungen für die Beschäftigten gehandelt. Diese seien nun Bestandteil der Beschlussvorlage. Selbstverständlich sei die Einstellung von hauswirtschaftlichen Unterstützungskräften mit Kosten verbunden. Die SPD-Fraktion sei tarifreu und deswegen verpflichtet, der Vorlage zuzustimmen.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt Frau Jahn, dass dem Tarifvertrag Folge geleistet werden müsse. Das KiBiz sei unterfinanziert und es sei außerordentlich wichtig, eine vernünftige und sichere Finanzierung vom Land zu erhalten, da die Kommunen ansonsten immer mehr Kosten für zusätzliche Aufgaben übernehmen müssten. Bei der Vorlage handele es sich um eine originäre Jugendhilfeausschuss-Angelegenheit, so dass es nicht richtig sein könne, die Vorlage ohne Votum in den Finanzausschuss oder den Rat zu verweisen und sie daher dieser zustimmen werde.

Die als Anlage beigefügte öffentliche Erklärung der LIGA mit Rahmenbedingungen sowie Fragen an Politik und Verwaltung wird nun in der Sitzung durch Frau Volland-

Dörmann, Frau Blümel, Frau Kleine und Herrn Bergmann vorgetragen. Frau Volland-Dörmann bittet, die Beschlussvorlage zu vertagen.

Frau Schlitt macht nochmal deutlich, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Forderung zur Revision des KiBiz unterstütze. Sie werde sich aber bei der Abstimmung der Vorlage enthalten. Sie bittet die Verwaltung um Stellungnahme zu den aufgeworfenen Fragen.

Herr Gilges äußert seine von der LIGA abweichende Haltung.

Frau Beigeordnete Dr. Klein geht auf die Fragestellungen ein. Inhaltlich wird auf die der Niederschrift beigefügte Anlage 2 zur Vorlage verwiesen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat der Stadt Köln beschließt die Beschäftigung von hauswirtschaftlichen Unterstützungskräften im Umfang von 1 Stunde je Gruppe/Tag in städtischen Kindertagesstätten (entspricht derzeit 106,54 vollzeitverrechneten Stellen nach Egr. 1 TVöD) in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Mit diesen Stellen erfüllt die Stadt Verpflichtungen aus dem neuen Tarifvertrag für den Sozial- und Erziehungsdienst vom 01.11.2009 zur Gesundheitsförderung und zum Gesundheitsschutz des in den Kindertagesstätten eingesetzten Personals. Die Stellen sind vorerst befristet bis zum 31.03.2012. Bis zu diesem Zeitpunkt ist die Berücksichtigung der Aufgabenstellung der Unterstützungskräfte im Kinderbildungsgesetz (KiBiz) im Rahmen der Überprüfung des Gesetzes bei der Landesregierung einzufordern.
2. Sofern nicht genügend Bewerberinnen/Bewerber zur Deckung des Personalbedarfes in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zur Verfügung stehen, wird die Verwaltung ermächtigt, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in anderen Beschäftigungsformen zu gewinnen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, in die Stellenplanvorlage 2010 Mehrstellen für hauswirtschaftliche Unterstützungskräfte aufzunehmen (derzeit 89,19) und bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2010 verwaltungsinterne Verrechnungen zur Verfügung zu stellen.
4. Die haushaltsmäßigen Auswirkungen werden im Rahmen des Veränderungsnachweises zum Haushalt 2010 im Teilplan 0603, Kindertagesbetreuung, Teilplanzeile 11 (Personalaufwendungen), berücksichtigt. Dies führt durch eine entsprechende Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage zu einer Erhöhung der jahresbezogenen Deckungslücke in 2010 und den Folgejahren von 2.581.400,- Euro.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich (neun Stimmen) gegen vier Stimmen der Liga der Wohlfahrtspflege (Paritätischer Wohlfahrtsverband, Sozialdienst katholischer Frauen Köln, Caritasverband Köln sowie AWO Köln) und bei zwei Enthaltungen (FDP-Fraktion, Frau Laufenberg, sowie Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frau Schlitt) zugestimmt.

Anmerkung:

Ursprünglich wurde das Stimmverhalten bei der Abstimmung mit 8 Pro-Stimmen gegen 4 Kontra-Stimmen sowie 2 Enthaltungen durch die Stimmzähler ermittelt und festgehalten.

Nach Behandlung des TOP 9 (Anfragen) machte Herr Dr. Heinen darauf aufmerksam, dass das Ergebnis nicht stimmen könne, da lediglich 14 Stimmen berücksichtigt wurden, dem Jugendhilfeausschuss aber 15 stimmberechtigte Mitglieder angehören.

Durch eine erneute Abfrage wurde festgestellt, dass die Pro-Stimme der Fraktion Die Linke, Frau Trappe-Nolden, versehentlich nicht mitgezählt wurde.

Das Endergebnis wurde somit auf 9 Pro-Stimmen gegen 4 Kontra-Stimmen sowie 2 Enthaltungen korrigiert.

**8.2 Konjunkturpaket II, Umschichtung von Fördermitteln
0797/2010**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Umschichtung von Fördermitteln für die Maßnahmen gemäß Anlage 1 vorzunehmen, um die Einhaltung der Förderkriterien für das Konjunkturpaket II sicherzustellen und den Kostenrahmen innerhalb des Fördermittelbudgets einzuhalten.

Anmerkung: Anlage 1 ist der Niederschrift nicht nochmals beigelegt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9 Anfragen

9.1 Frau Trappe-Nolden stellt die als Anlage 10 beigefügte Anfrage.

Die Verwaltung wird die Anfrage schriftlich beantworten.

9.2 Frau Schlitt bittet um Mitteilung, ob ihre Anfrage aus der Jugendhilfeausschusssitzung vom 26.01.2010 vergessen wurde.

Frau Quilling teilt mit, dass die Beantwortung es leider nicht mehr in den Umdruck geschafft habe. Sie bittet um Einverständnis von Frau Schlitt, einen Überblick über die gesamten Ausgaben im Bereich der städtischen Schulsozialarbeit am Ende des Schuljahres vorzulegen.

Frau Schlitt ist mit dem Vorschlag einverstanden. Sie bittet jedoch um Berücksichtigung, dass das städtische Haushaltsjahr nicht mit dem Schuljahr übereinstimme. Sie habe bei ihrer Anfrage an das städtische Haushaltsjahr gedacht.

Frau Quilling ergänzt, dass die Ausgaben auf das Schuljahr umgerechnet wurden, da es sich um den Bereich Schule handele. Das letzte Kalenderjahr sei nicht vollständig gewesen, da zum Teil erst nach den Sommerferien begonnen wurde und auch die Freigabe der Mittel per Ratsbeschluss erst zum 30.06.2010 erfolgt sei.

9.3 Herr Dr. Zschke bittet um Auskunft, ob bezüglich des neuen Integrationskonzeptes, welches im April im Rat beraten werden soll und erhebliche Finanzmittel enthalte, eine Beteiligung des Jugendhilfeausschusses vorgesehen sei und falls ja, wann.

Die Verwaltung wird die Anfrage schriftlich beantworten.

9.4 Frau Jahn bittet bezüglich des Schutzes unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge um Beantwortung der in Anlage 11 gestellten Fragen.

Die Verwaltung sagt die schriftliche Beantwortung zu.

9.5 Frau Jahn stellt dar, dass Übungsleiterinnen und Übungsleiter in Sportvereinen ein polizeiliches Führungszeugnis vorlegen müssen, wenn sie in engem Kontakt mit Kindern arbeiten. Die Sportjugend NRW bestreite diesen Sachverhalt und sage, dass das Führungszeugnis nur für sozialversicherungspflichtige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gelte. Sie bittet um Mitteilung, wie die Stadt Köln dies sehe und wie sie damit umgehe.

Die Verwaltung sagt zu, die Anfrage schriftlich zu beantworten.

9.6 Herr Bergmann nimmt Bezug auf die Beschlussvorlage 0797/2010 (Tagesordnungspunkt 8.2). Die Vorlage weise aus, dass für einige städtische Maßnahmen Aufstockungen notwendig waren, da Mehrbedarfe deutlich geworden seien. Nun interessieren sich die freien Träger dafür, ob bei ihren Baumaßnahmen ebenfalls Aufstockungen möglich seien.

Frau Kirsch teilt für die Verwaltung mit, dass die „Aufstockungen“ durch Veränderungen bei anderen städtischen Maßnahmen refinanziert worden seien. Die Vorgabe der Kämmerei sei die Kostenneutralität. Da die Stadt viele Maßnahmen habe, sind Verschiebungen problemlos möglich. Aufstockungen seien jedoch nicht möglich. Sofern ein Träger ebenfalls mehrere Maßnahmen habe, könne hier selbstverständlich ebenfalls geschoben werden. Die Grundsätzliche Vorgabe der Kämmerei lautet jedoch, dass Mehrkosten nicht entstehen dürfen.